



SPD Nettetal



Fraktion im Rat der Stadt Nettetal

WIR | Freie Demokraten  
NETTETAL

Ratsfraktion Nettetal FDP

Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, SPD, WIN und FDP im Rat der Stadt Nettetal

Rathaus Lobberich, Doerkesplatz 11

Herrn  
Bürgermeister der Stadt Nettetal Christian Küsters  
Doerkesplatz 11  
41334 Nettetal

Auskunft erteilt:  
**Guido Gahlings/Renate Dyck/  
Hajo Siemes/Johannes Peters**

Durchschrift an alle im Rat vertretenen Fraktionen und an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des betreffenden Ausschusses

Datum  
23. Februar 2021

**Antrag gem. § 4 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Nettetal, das Verfahren für den Bebauungsplan Ka-269 (Erweiterungsfläche für den Wertstoffhof in Nettetal-West) fortzuführen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Küsters,

wir bitten Sie, den o.g. Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Rates zu behandeln und zur Abstimmung zu stellen:

**Antrag:**

Das Verfahren für den Bebauungsplans Ka-269 „Südlich Zillessen-Allee“ zur Errichtung des Wertstoffhofes wird fortgeführt.

**Begründung:**

Im Rahmen des weiteren Vorgehens zur Erreichung einer wirtschaftlich tragfähigen Alternative zum Wertstoff- und Logistikzentrum (WLZ) in Nettetal-Kaldenkirchen hat der Rat am 13.03.2018 entschieden, dass die Weiterführung des Bebauungsplans Ka-269 „Südlich Zillessen-Allee“ zur Errichtung des Wertstoffhofes bis zu einer Entscheidung über die Realisierungsnotwendigkeit des WLZ zurückgestellt wird.

Das vom Abfallbetrieb des Kreises Viersen betriebene Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz für die geplante Müllumladestation (Logistikzentrum) in Nettetal-Kaldenkirchen steht nun – gut drei Jahre später - kurz vor dem Abschluss. In der öffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses des Kreises am 19.01.2021 wurde seitens des stellvertretenden Leiters des Abfallbetriebs (ABV), Martin Overmeyer, berichtet, dass es keine Einwendungen gebe, die die Baugenehmigung durch die Bezirksregierung grundsätzlich in Frage stellen. Insofern erwartet der ABV die Genehmigung durch die Bezirksregierung noch im ersten Halbjahr 2021.

Am 20.01.2021 führte der Kreis in einer Pressemitteilung weiter aus, dass er sich trotz konstruktiver Gespräche mit der Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) darauf geeinigt hat, ein Pachtangebot der EGN zur möglichen Realisierung einer Müllumladestation am bestehenden Entsorgungsstandort Viersen-Süchteln nicht anzunehmen. Der Kreis erklärte, dass das WLZ in Nettetal-West realisiert werden soll, weil die Argumente für die bisherige Planung überwiegen.

Ferner wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf am 21.01.2021 veröffentlicht, dass die Bezirksregierung im Rahmen einer Ermessensentscheidung entschieden hat, auf den ursprünglich für den 02.02.2021 anberaumten Erörterungstermin zu verzichten. Über die bei der Offenlage vorgebrachten drei Einwendungen könne nach Aktenlage entschieden werden. Es bedürfe daher keiner mündlichen Erörterung.

In einer Pressemitteilung vom 26.01.2021 gesteht die Bürgerinitiative „VeNeTe, so nicht!“ ein, dass „die Genehmigung der Anlage im Grundsatz nicht mehr zu verhindern war“.

- Die antragstellenden Fraktionen gehen somit davon aus, dass die Entscheidung über die Realisierung der Müllumladestation unmittelbar bevorsteht. Da nun so gut wie feststeht, dass die Müllumladestation realisiert wird, wollen wir, dass der in einem zweiten, eigenen Genehmigungsverfahren geplante Wertstoffhof ebenfalls in Nettetal-West realisiert wird.

Den antragstellenden Fraktionen geht es darum, zeitnah ein unmissverständliches Signal an den Kreis Viersen zu senden, dass Nettetal den Wertstoffhof will. Für die C2C-Kreislaufwirtschaft der Stadt Nettetal erbringt der Wertstoffhof einen deutlichen Mehrwert. Auch wenn man gegen vermehrt vorkommenden wilden Müll im Grenzwald vorgehen will, eröffnet der Wertstoffhof Chancen: Denn dadurch hätten die Bürger\*innen die Möglichkeit, ihren recycelbaren Müll (= Wertstoffe) ortsnah abgeben zu können.

Um Planungsrecht für den Wertstoffhof zu schaffen, ist es nun zwingend erforderlich, das Planungsverfahren Ka-269 für die vom Kreis bereits erworbene Erweiterungsfläche für den Wertstoffhof fortzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Guido Gahlings  
Fraktionsvorsitzender Bündnis90/Die Grünen

gez. Renate Dyck  
Fraktionsvorsitzende SPD

gez. Hajo Siemes  
Fraktionsvorsitzender WIN

gez. Johannes Peters  
Fraktionsvorsitzender FDP

—